



Dezember 2012

# Museumsblätter

Mitteilungen des  
Museumsverbandes Brandenburg

21

## **100 Jahre Museumsverband in Brandenburg**

Zum Jubiläum am 29. September 2012

### **> HeimatMuseumsLandschaft**

Gründungen und Gründer

1945 als Zäsur

Über die Wende

Zukunft des Universal museums

### Autorinnen und Autoren

Dr. Gesa Büchert	Lehrstuhl für Didaktik der Geschichte der Universität Erlangen-Nürnberg
Dr. Wolfgang Dost	Museumsleiter a. D. Museen Alte Bischofsburg Wittstock
Dr. Hinrich Enderlein	Kulturminister des Landes Brandenburg a. D.
Jana Mühlstädt-Garczarek	Fachbereichsleiterin Kulturelle Bildung/Geschichte Volkshochschule Konstanz-Singen e. V.
Dr. Christian Hirte	Kurator und Museumsberater in Berlin
Dr. Michael Hütt	Leiter Heimatmuseum Villingen-Schwenningen und Präsident Museumsverband Baden-Württemberg
Dr. Petra Kabus	Germanistin, Cottbus
Dr. Susanne Köstering	Geschäftsführerin Museumsverband des Landes Brandenburg e. V.
Prof. Dr.-Ing. Dr. Sabine Kunst	Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg
Dr. Jan Maćkowiak	Vorstandsvorsitzender Stiftung Großpolnische Museen und Direktor Nationalmuseum für Landwirtschaft
Dr. Franziska Nentwig	Generaldirektorin Stiftung Stadtmuseum Berlin und Vorstandsmitglied ICOM Deutschland
Markus Ohlhauser	Erster Vorstandssprecher des Museumsverbandes des Landes Brandenburg e. V.
Andrea Perlt	Leiterin Wegemuseum Wusterhausen
Robert Piotrowski	Historiker, Gorzów
Prof. Dr. Brigitte Rieger-Jähner	Direktorin Städtische Museen Frankfurt (Oder)
Priv. Doz. Dr. Thomas Schaarschmidt	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
Ulrike Stottrop	Stellvertretende Direktorin Ruhr Museum Essen und Vorstandsmitglied Deutscher Museumsbund
Marga von Tankeren	Leiterin Letschiner Heimatstuben
Dr. Sieglinde von Treskow	Leiterin Industriemuseum Brandenburg an der Havel
Julia Wallentin	Leiterin Museum Angermünde
Petra Zwaka	Leiterin Jugendmuseum und Kulturamt Berlin Schöneberg

### Bildnachweis

Titelbild, Umschlag hinten,	
S. 4, 6, 12-14, 18, 24, 25	Lorenz Kienzle, Berlin
S. 11	Ruhr Museum Essen
S. 17	Lorenz Kienzle /Ronka Oberhammer, Berlin
S. 26, 27	Bayrisches Landesamt für Denkmalpflege
S. 29	Stadtarchiv Gunzenhausen
S. 30	Reichsstadtmuseum Weißenburg
S. 32 oben, 34	Privatbesitz Robert Piotrowski, Gorzów
S. 35 oben	<a href="http://sudden-strike.ru/files/user/World/Cay/su100_7.jpg">http://sudden-strike.ru/files/user/World/Cay/su100_7.jpg</a>
S. 35 unten	Sammlung Klub Lamus Gorzów
S. 36	Waldemar Kućko, Gorzów
S. 39, 40	Archiv Haus der Natur
S. 42	Bundesarchiv
S. 43	Naturschutzmuseum Bad Freienwalde
S. 44–46	Archiv Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt
S. 47	Stadtarchiv Weißenfels
S. 50, 53	Heimatmuseum Schwenningen
S. 54	Ströbel, Rudolf, Ein germanischer Hof um die Zeitenwende, in: Germanenerbe 1, Heft 2, 1936, S. 53
S. 56, 58	Stiftung Fürst Pückler Museum Park und Schloss Branitz
S. 57	Privatbesitz Sabine Hermann
S. 60, 63	Städtische Museen Junge Kunst und Viadrina Frankfurt (Oder)
S. 66, 68, 69	Museen Alte Bischofsburg Wittstock
S. 70-73	Industriemuseum Brandenburg an der Havel
S. 76, 77	Archiv Letschiner Heimatstuben
S. 78, 81	Barbara Wolff, Berlin
S. 82, 84, 85	Jugend Museum Schöneberg
Umschlag hinten	Museumsverband des Landes Brandenburg

Wir haben uns bemüht, alle Bildrechte zu klären.  
Sollten weitere Personen in ihren Rechten betroffen sein,  
bitten wir um eine Nachricht.

# Inhalt

## Begrüßung

- 4 **Markus Ohlhauser**, Erster Vorstandssprecher des Museumsverbandes Brandenburg
- 6 **Prof. Dr.-Ing. Dr. Sabine Kunst**, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg
- 8 **Dr. Franziska Nentwig**, Generaldirektorin der Stiftung Stadtmuseum Berlin, Vorstandsmitglied ICOM Deutschland
- 10 **Ulrike Stottrop**, Stellvertretende Direktorin der Stiftung Ruhr Museum Essen, Vorstandsmitglied des Deutschen Museumsbundes
- 12 **Dr. Jan Maćkowiak**, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Großpolnischer Museen und Direktor des Nationalmuseums für Landwirtschaft Szreniawa / Polen

## Festrede

- 14 **Dr. Hinrich Enderlein**, Kulturminister des Landes Brandenburg a. D.

## Gründungen und Gründer

- 18 Zur Geschichte des Brandenburgischen Museumsverbandes  
*Susanne Köstering*
- 26 Bayerische Museumsgründungen vor dem Ersten Weltkrieg  
*Gesa Büchert*
- 32 Museen und Museumsinitiativen in der ehemaligen Neumark  
*Robert Piotrowski*

## 1945 als Zäsur

- 38 Die Heimatbewegung im Nationalsozialismus und in der frühen DDR  
*Thomas Schaarschmidt*
- 44 Weibliche Museumskarrieren während des Nationalsozialismus und der Nachkriegszeit  
*Jana Mühlstädt-Garczarek*

- 50 **Rudolf Ströbel**. Vom Reichsamt für Vorgeschichte der NSDAP ins Heimatmuseum Schwenningen  
*Michael Hütt*

- 56 **Sozialistischer Umgang mit fürstlichem Erbe**  
Das Branitzer Museum in der DDR  
*Petra Kabus*

## Über die Wende

- 60 **Der Kunst verpflichtet**  
Schlaglicht auf eine wechselvolle Museums-geschichte. Museum Junge Kunst in Frankfurt (Oder)  
*Brigitte Rieger-Jähner*

- 66 **Auf dem Weg zu einem neuen Profil**  
Der dreißigjährige Krieg in den Wittstocker Museen  
*Wolfgang Dost*

- 70 **20 Jahre Industriemuseum Brandenburg an der Havel**  
*Sieglinde von Treskow*

## Zukunft des Universal museums

- 76 Das Heimatmuseum als örtliches Kommunikationszentrum  
*Marga van Tankeren*
- 78 Der Wandel vom Heimatmuseum zum Wegemuseum  
*Andrea Perl*
- 82 Vom Heimatmuseum zur VILLA GLOBAL – und zurück?  
*Petra Zwaka*
- 88 Von Kopf bis Fuß  
Die Museumsleiterin der neuen Generation  
*Julia Wallentin*

## Debatte

- 90 Fehlentwicklung?  
*Christian Hirte*
- 92 Autoren- und Bildnachweis

## Die Heimatbewegung im Nationalsozialismus und in der frühen DDR

Thomas Schaarschmidt

Seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts hatte sich in Deutschland eine Heimatbewegung entwickelt, die sich aus einem bunten Konglomerat von Geschichts-, Heimat-, Wander- und Volkskunstvereinen zusammensetzte. Neben den lokalen Vereinen entstanden für die einzelnen Sparten regionale Dachverbände, die aufgrund ihrer gesellschaftlichen Verankerung zumeist stärker waren als nationale Dachorganisationen. Seit 1933 kamen parteinahe Kulturorganisationen hinzu, die oft, aber nicht in jedem Fall zentralistisch aufgebaut waren und die die politische Funktion hatten, das Gewimmel der lokalen und regionalen Vereine zu integrieren, zu kontrollieren und zu steuern. Gemeinsam war den meisten Vereinen und Verbänden der Heimatbewegung, dass sich ihre Aktivitäten auf den persönlich erfahrbaren Nahraum konzentrierten und dass ihr Engagement freiwillig war und fast durchweg ehrenamtlich geleistet wurde.

Im Folgenden geht es um die Frage, wie sich die Heimatbewegung, die von ihren Mitgliedern zumeist als unpolitisch wahrgenommen wurde, im Wechselbad der politischen Großordnungen des 20. Jahrhunderts orientierte, welche Spielräume sie hatte und wie sie diese nutzte. Was bedeutete die „Gleichschaltung“ der Vereine und Verbände in der NS-Diktatur? Und kann man überhaupt von einer Heimatbewegung in der DDR sprechen, wo in den ersten Jahren alle regionalkulturellen Aktivitäten unter Separatismusverdacht standen und das unabhängige Vereinswesen als so bedenklich galt, dass es 1949 abgeschafft wurde?<sup>1</sup>

### (Selbst-)gleichschaltung im NS-Staat

Schon kurz nach dem Ersten Weltkrieg erlebten die meisten deutschen Heimatvereine und -verbände einen erstaunlichen Aufschwung. Sie profitierten davon, dass die Kriegsniederlage, die politischen Umbrüche und die ökonomischen Wirren der Hyperinflation bei vielen Menschen den Wunsch nach einer Orientierung am Vertrauten und nach stabilen, überzeitlichen Werten verstärkt hatten. „Heimat“ erschien in dieser Perspektive als idealer Ort vermeintlich unpolitischer Vergemeinschaftung über alle sozialen und politischen Gegensätze hinweg. Darin drückte sich oft eine Distanz zum als

fremd empfundenen Pluralismus aus, was aber nicht heißt, dass die Heimatbewegung in der Weimarer Republik grundsätzlich antidemokratisch gewesen wäre, wenn sie auch in vielen ihrer Vorstellungen wie in der Idealisierung des Landlebens Berührungspunkte mit der völkischen Bewegung aufwies.

Nach dem starken Aufschwung folgte ein schwerer Einbruch mit der Weltwirtschaftskrise. Mitglieder traten aus, weil sie die Beiträge nicht mehr zahlen konnten, und die regionalen Gebietskörperschaften stellten ihre Unterstützung ein. Damit standen viele Vereine vor dem Ruin. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme richteten sich daher große Erwartungen an die Regierung Hitlers. Einerseits strebten die Organisationen der Heimatbewegung nach Anerkennung ihrer Arbeit und finanzieller Unterstützung, andererseits waren sie aber auch besorgt, wie sie ihre Autonomie gegenüber den Ansprüchen der parteinahen Kulturorganisationen bewahren sollten.

Nach dem 30. Januar 1933 ergriffen gleich mehrere nationalsozialistische Kulturorganisationen die Initiative, um die Heimatbewegung und ihre Mitglieder „gleichzuschalten“ und sie in das NS-System zu integrieren. Obwohl Alfred Rosenberg für sich reklamierte, die kulturpolitische Linie der NSDAP durchzusetzen, dominierte in den ersten beiden Jahren der „Reichsbund Volkstum und Heimat“ die regionalkulturelle Arena. Mit Unterstützung der Staats- und Parteiführung verleibte er sich innerhalb weniger Monate die Heimatschutzbewegung ein, während die Berg- und Wandervereine vom NS-Reichsbund für Leibesübungen übernommen wurden. Damit waren die Heimatvereine formal „gleichgeschaltet“, was sich in der Einführung des „Führerprinzips“ ausdrückte. Was bedeutete das aber praktisch für die Vereinsarbeit? Der „Reichsbund Volkstum und Heimat“ war eine völlig aufgeblähte Organisation, die auf der regionalen und lokalen Ebene kaum eigene Strukturen ausbilden konnte. Sie war daher gar nicht in der Lage, eine flächendeckende kulturpolitische Kontrolle und Anleitung auszuüben. Für die meisten Vereine hatte der Beitritt daher keine großen Konsequenzen und diente vor allem als Überlebensgarantie.



Max Kienitz

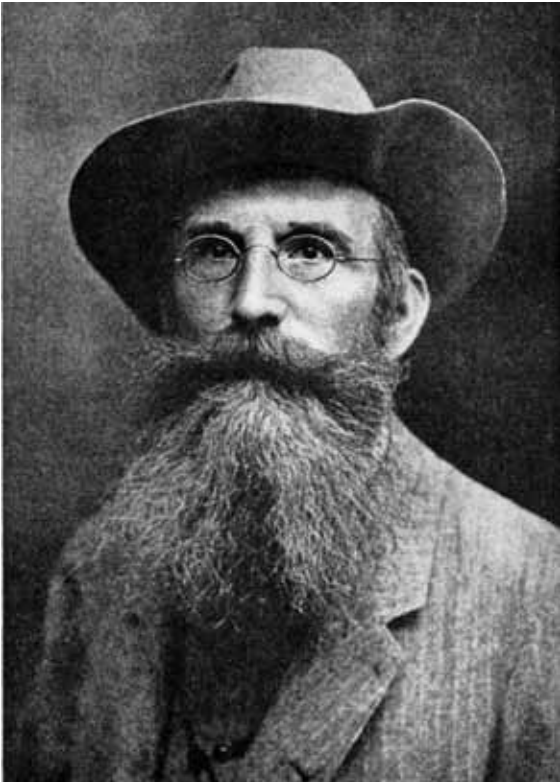


Plagefenn, ältestes Naturschutzgebiet Deutschlands, 1907 eingerichtet auf Initiative des Eberswalder Forstfachmannes Max Kienitz

Viel wichtiger waren für die Vereine und Verbände bis Mitte der 30er-Jahre die Kontakte zu den Landes- und Provinzialregierungen. Hier konnte man an die gute frühere Zusammenarbeit vor 1933 anknüpfen. In den meisten Fällen ging die Initiative nicht von den regionalen und kommunalen Körperschaften aus, sondern von den Vertretern der Heimatbewegung, die sich den neuen Machthabern mit den unterschiedlichsten Argumenten andienten. Das reichte von eher dezenten Hinweisen auf gemeinsame Ziele im Natur- und Denkmalschutz bis zu der Erklärung, dass man eine Gleichschaltung gar nicht mehr nötig habe, weil man schon seit vielen Jahren die Ziele des Nationalsozialismus verfolgt habe. Auf dieser Grundlage entwickelte sich eine fruchtbare Kooperation, die letztlich beiden Seiten nützte. Während sich Partei und Staat mit den Erfolgen auf dem Feld der Volkstumspflege und des Heimatschutzes schmückten, hatten die Vereine und Verbände relativ freie Hand, Projekte zu realisieren, für die sie öffentliche Ressourcen nutzen konnten. Für die Heimatbewegung hatte die Ko-

operation aber auch ihren Preis, denn was als Anbiederung begonnen hatte, setzte sich in den folgenden Jahren mit einer schleichenden Anpassung vieler Vereine an die kulturpolitischen Leitvorstellungen der Nationalsozialisten fort. Die Verherrlichung von „Blut und Boden“, rassenideologische Vorstellungen und das entsprechend aufgeladene „Volksgemeinschafts“-Ideal fanden über oft zunächst taktische Konzessionen und den Sprachgebrauch Eingang in die Alltagspraxis vieler Vereine.

Diese erste Phase erreichte 1936 ihren Zenit. Seit dieser Zeit lässt sich reichsweit die Tendenz beobachten, dass die regionalen Parteiführungen versuchten, ihren kulturpolitischen Primat mit allen Mitteln durchzusetzen. Das hatte mehrere Ursachen. Auch wenn Wilhelm Kubes Ablösung in eine andere Richtung zu deuten scheint, hatte sich die Position der meisten Gauleiter bis 1936 so weit konsolidiert, dass sie daran gehen konnten, den selbst erklärten Totalitätsanspruch in der



Wilhelm Wetekamp (1859-1945) Pädagoge, Abgeordneter und Pionier des Naturschutzes in Preußen, gemeinsam mit Robert Mielke 1907 Begründer der Landesgruppe Brandenburg im Deutschen Bund für Heimatschutz, Fotografie um 1920



Robert Mielke (1863–1935), Volkskundler und Siedlungsforscher, von 1909 bis 1918 Herausgeber der Zeitschrift Heimatschutz in Brandenburg, auf seine Initiative kam es 1912 zur Gründung der Vereinigung Brandenburgischer Museen, Fotografie um 1910

politischen „Menschenführung“ durchzusetzen. Gerade die Kulturpolitik erwies sich als ein nützliches Instrument zur Profilierung der Parteigäue und zur gesellschaftlichen Mobilisierung im Rahmen des im September 1936 verkündeten „Vierjahresplans“. Wie die regionalen Parteiführer auf diesem Feld aktiv wurden, war von Gau zu Gau unterschiedlich, aber in allen Fällen kam es den Gauleitern darauf an, die bestehenden Vereine und Verbände der Heimatbewegung nicht nur formal gleichzuschalten, sondern eng an Partei und Staat zu binden, um sie für die eigene Propaganda und die gesellschaftliche Mobilisierung im Gau nutzen zu können. Heimat-Propaganda, die es auch schon in den vorangegangenen Jahren gegeben hatte, wurde nun in einigen Gauen systematisch und mit enormem Aufwand betrieben.

In der nationalsozialistischen Heimat-Propaganda kreuzten sich zwei Ziele: zum einen die Vorstellung, dass der Mensch des Dritten Reichs erst durch die Besinnung auf die volksculturellen Traditionen seines Heimatbodens zur Mitwirkung an der rassistisch definierten Volksgemeinschaft befähigt wurde, und zum anderen das Bestreben, Heimatstolz zu wecken oder zu festigen. Indem sich die heimatverbundenen Deutschen die großen politischen, militärischen, ökonomischen und kulturellen Leistungen ihrer eigenen Region vergegenwärtigten, so die Logik der Propaganda, sollten sie dazu mobilisiert werden, im NS-Staat mindestens ebenso große Leistungs- und Opferbereitschaft für Volk, Führer und Vaterland an den Tag zu legen. Die Propagandisten wandten sich damit vor allem an jene, die noch keine glühenden Nationalsozialisten waren, die

aber dazu bereit waren, als Ausdruck ihrer Heimatverbundenheit die Leistungsanforderungen der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft zu erfüllen. Entsprechend verstand sich die Heimat-Propaganda als ein Erziehungswerk, das die „Volksgenossen“ im Sinne der nationalsozialistischen Vorstellung von „Menschenführung“ dazu brachte, aus eigenem Antrieb das zu tun, was die Politik von ihnen erwartete.

Was die nationalsozialistischen Kulturpolitiker erreichten, war eine organisatorische Erfassung der bis dahin noch relativ autonomen Vereine und Verbände. In einigen Gauen entstanden bereits in der zweiten Hälfte der 30er Jahre, in anderen erst während des Krieges Gauheimatwerke, die sich die bestehenden regionalen Dachverbände einverleibten und die regionalkulturelle Arbeit durch ein gestuftes System von Beiräten und Fachreferaten zu kontrollieren und zu steuern versuchten. Dank der räumlichen Nähe und der Nutzung der organisatorischen Ressourcen der Partei war diese Einflussnahme effizienter als die Gleichschaltungsversuche der zentral gelenkten nationalsozialistischen Kulturorganisationen in den ersten Jahren der Diktatur. Nichtsdestoweniger hing der Erfolg des kulturpolitischen Zugriffs auch nach der Gründung der Gaukulturorganisationen davon ab, wie bereitwillig sich die Vereine und Verbände der Heimatbewegung und ihre Repräsentanten auf die neue Situation einließen. Einige identifizierten sich mit den vorgegebenen Zielen, einige versuchten, primär eigene Interessen zu verfolgen, andere assimilierten sich nach anfänglichem Widerstand, und wieder andere versuchten so lange wie möglich, Reste ihrer Autonomie zu verteidigen. In Einzelfällen war das möglich, da auch die Gaukulturorganisationen damit überfordert waren, alles und jedes effizient zu kontrollieren, was sie in sich aufgesaugt hatten.

### **Die Natur- und Heimatfreunde und der sozialistische Heimat-Begriff**

Einige Vereine und Verbände, denen es gelungen war, selbst unter den erschwerten Bedingungen des Krieges weiterzuarbeiten, hatten ihre Aktivitäten Anfang 1945 schon über das Kriegsende hinaus geplant. Diesen Am-

bitionen stand auch in den Ländern und Provinzen der Sowjetischen Besatzungszone zunächst nichts im Wege außer der allgemeinen Sperrstunde und der Verhaftung einzelner führender Mitglieder, die die Besatzungsmacht aber nicht wegen ihrer Vereinsfunktionen verfolgte, sondern weil sie als politische Funktionsträger der NS-Diktatur zur Verantwortung gezogen werden sollten. Die SMAD verhängte auch kein allgemeines Vereinsverbot, sondern verbot nur solche Vereine, die wie die Gebirgs- und Wandervereine einer NS-Organisation angehört hatten. Eingriffe in das Vereinswesen gingen eher von den kommunistischen Repräsentanten in den neuen Landesregierungen aus. Während sie das bürgerliche Vereinswesen als Hort reaktionärer Umtriebe verdächtigten, galten die Vereine der Heimatbewegung wegen ihrer regionalen Orientierung zudem als Vorkämpfer partikularistischer Bestrebungen. Obwohl es dafür keine besatzungsrechtliche Grundlage gab, veranlasste das tiefe Misstrauen der deutschen Kommunisten die Landesregierungen zu wiederholten Vorstößen, die Vereine zu verbieten und ihre Mitglieder in politisch gelenkte Organisationen zu überführen. Verboten wurden aber nur einzelne Vereine, die eher zufällig ins Visier der Innenministerien geraten waren, während die anderen unter dem Damoklesschwert eines drohenden Vereinsverbots weiterexistierten.

In diesem neuen Kräftefeld war der Kulturbund gleichermaßen Konkurrent und potentieller Rettungsanker. Auf der regionalen Ebene entwickelte sich der 1945 als Organisation der antifaschistischen Intelligenz gegründete Kulturbund von vornherein zu einer Dachorganisation für fast alle Zweige laienkulturellen Schaffens. Nur mit Mühe gelang es den kommunistischen Kulturfunktionären zu verhindern, dass große Verbände der Heimatbewegung dem Kulturbund geschlossen beitraten. Diese Distanz erklärt, warum regionalkulturelle Veranstaltungen unter dem Dach des Kulturbunds in den ersten Jahren noch eine Seltenheit waren. Das änderte sich seit 1948, als die SED-Kulturfunktionäre selbst erwogen, „die positiven Gedanken des Heimat-schutzes“<sup>2</sup> im Rahmen der offiziellen Kulturorganisationen weiterzuführen. Dem Kulturbund war dabei von vornherein eine besondere Rolle zugeordnet. Als sich die Zentralverwaltungen des Innern und für Volksbildung im Januar 1949 entschieden, das unabhängige Vereins-



Als Bundessekretär formulierte Karl Kneschke (1898–1959, hier in der Mitte) die Grundsätze der Natur- und Heimatfreunde Bewegung im Kulturbund der DDR.

wesen endgültig zu liquidieren, war es folgerichtig der Kulturbund, der neben den Mitgliedern anderer Kulturvereine auch die Mitglieder der „Heimat- und Naturschutzgruppen“ in seine Reihen aufnehmen sollte. Obwohl die Verordnung vom Januar 1949 dem Kulturbund einen enormen Mitgliederzuwachs verhieß, machten sich die Leitungskader keine Illusionen, dass der Kulturbund mit der Integration der Vereinsmitglieder überfordert war. Zwar mussten die Mitglieder der ehemaligen Vereine dem Kulturbund einzeln beitreten, aber es gab kein Mittel dagegen, dass sie sich danach in den Ortsgruppen wieder zu vereinsähnlichen Arbeitsgemeinschaften zusammenschlossen. Schon nach kürzester Zeit entfalteten sie in den Ortsgruppen ein kulturelles Eigenleben, das die Kulturbundleitungen in den folgenden Jahren an den Rand der Verzweigung treiben sollte. Trotz Drohungen mit juristischen Folgen wusste auch die Bundesleitung, dass dieses Problem nicht mit dem Strafrecht zu lösen war. Zunächst als sächsischer Landessekretär und seit 1950 als Bundessekretär verfolgte Karl Kneschke daher zwei Ansätze, um die Heimatbewegung in systemkompatible Bahnen zu lenken. Zum einen versuchte er ihrer Arbeit eine neue politische Grundlage zu geben, indem er mit der Gründung der „Natur- und Heimatfreunde“ im Kulturbund eine neue patriotische Heimatbewegung ins Leben rief. Zum anderen wurden der neuen Natur- und Heimatfreunde-Organisation mit einem

dichten Netz von Fachausschüssen und Kommissionen Korsettstangen eingezogen, die ihre Steuerung durch die Kulturbundleitungen gewährleisten sollte.

Dieser Vorstoß ignorierte, dass sich das freiwillige und ehrenamtliche Engagement der einzelnen Natur- und Heimatfreunde nicht einfach fremdbestimmen ließ. Wenn die Leitungen die Natur- und Heimatfreunde-Arbeitsgemeinschaften zu sehr drangsalierten, liefen sie Gefahr, dass diese ihre Tätigkeit einstellten oder außerhalb des Kulturbunds weiter verfolgten. Das wiederum konnte sich der Kulturbund nicht leisten, weil die Natur- und Heimatfreunde in den 50er Jahren in den meisten ländlichen Gebieten und selbst in größeren Städten nicht nur die meisten, sondern auch die engagiertesten Mitglieder stellten. Der sozialistische Heimatbegriff, der den Natur- und Heimatfreunden eine neue politische Orientierung geben sollte, grenzte sich vom bürgerlichen Heimatbegriff ab, der als weltfremde Heimattümelei abgetan wurde. Stattdessen postulierten die Kulturfunktionäre, dass wahre Heimatliebe nur im Sozialismus möglich sei, weil die Heimat erst nach der Enteignung der Junker und Monopolkapitalisten zum Besitz des ganzen Volkes werden konnte. Daran knüpfte sich die Hoffnung, dass die vom Kapitalismus befreiten Heimatfreunde – von sozialistischer Heimatliebe erfüllt – umso begeisterter am Aufbau des Arbeiter- und Bauernstaats mitwirkten und notfalls auch bereit waren, die sozialistische Heimat DDR gegen den Klassenfeind im Westen zu verteidigen.

In der Tat entfalteten gerade die Natur- und Heimatfreunde-Arbeitsgemeinschaften des Kulturbunds in den 50er Jahren großes Engagement im Nationalen Aufbauwerks. In ihrem sozialen Nahraum, den sie viel eher als ihre Heimat betrachteten als die große sozialistische Heimat DDR, beteiligten sie sich an unzähligen Projekten. Legitimiert durch den sozialistischen Heimatbegriff boten sich den Natur- und Heimatfreunden vor Ort beträchtliche Freiräume zu selbstbestimmtem Handeln, das oft nur wenig mit den kulturpolitischen Aufgabenstellungen der Kulturbund-Bundes- und Bezirksleitungen zu tun hatte. Ausdruck des Aufschwungs der Natur- und Heimatfreunde-Bewegung war in den Jahren seit 1956 die Neugründung regionaler Heimatzeitschriften, die sich an der Territorialstruktur der 1952 aufgelö-



Erna (1912–2001) und Kurt Kretschmann (1914–2007) im Garten des Hauses der Naturpflege. Kurt Kretschmann engagierte sich für die Einrichtung des Fontane-Wanderweges, der 1952 der erste Naturlehrpfad der DDR war. Er entwarf das bis heute gültige Symbol der Naturschutzzeule, Fotografie um 1960



ten Länder orientierten. Mit der Mehrzahl ihrer Artikel standen diese in einer unübersehbaren Tradition zu den alten regionalen Heimatschutzzeitschriften, die während des Krieges eingestellt worden waren. Auch organisatorisch bot sich mit regionalen Arbeitskreisen die Möglichkeit, an alte Vereinstraditionen anzuknüpfen.

Obwohl einige dieser Strukturen und Publikationsorgane bis zum Ende der DDR erhalten blieben, markierten die 60er Jahre eine tiefe Zäsur für die Natur- und Heimatfreunde-Bewegung. Im Zuge eines neuen kulturpolitischen Dogmatismus wurde die vom selbstbestimmten laienkulturellen Engagement ihrer Mitglieder getragene Arbeit zugunsten einer stärkeren politischen Inanspruchnahme zurückgestutzt. An ihre Stelle sollte eine wissenschaftliche Beschäftigung mit Regionalkultur und Regionalgeschichte unter marxistischen Vorzeichen treten. Erst die Neuorientierung der SED-Kulturpolitik auf das Begriffspaar „Erbe und Tradition“ eröffnete seit den späten 70er Jahren wieder größere Spielräume, auch solche regionalen Phänomene zu thematisieren, die man sonst kaum in das Traditionsverständnis des Marxismus-Leninismus hätte einordnen können.

Überblickt man die Geschichte der Heimatbewegung im Verlauf des 20. Jahrhunderts, wird deutlich, dass ihre politische Instrumentalisierung in der NS-Diktatur in vielen Fällen unter aktiver Beteiligung der Vereine stattfand. Dass diese ihre Tätigkeit unter den veränderten politischen Vorzeichen in der DDR fortsetzen konnten, hing mit der Einsicht der SED-Kulturpolitiker zusammen, dass die Propagierung eines politisch gereinigten Heimat-Begriffs dazu dienen konnte, die gesellschaftliche Integration zu fördern und gleichzeitig das vorhandene Engagement für den sozialen Nahraum in systemkompatible Bahnen zu lenken.

1 Der Beitrag basiert überwiegend auf Forschungen des Verfassers zu Sachsen: Thomas Schaarschmidt, *Regionalkultur und Diktatur. Sächsische Heimatbewegung und Heimat-Propaganda im Dritten Reich und in der SBZ/DDR*, Köln 2004. Auf Einzelnachweise wird aus Platzgründen verzichtet.

2 Helmut Holtzhauer an Otto Buchwitz, 13.10.1948 (SächsHStA, Landtag 27, Bl. 529).